

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.

Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen



Rundbrief 1/2024



Diesmal u. a.:

- Ein Jahr nach Lützerath
- Soziale Verteidigung
- Atomwaffen
- Demonstrieren -und was dann?

Inhalt

| | |
|---|----|
| Julian Böttcher | |
| Ein Jahr nach Lützerath | 3 |
| Nele Anslinger und Nicklas Böhm | |
| Soziale Verteidigung als zeitgemäße Alternative | 5 |
| Ulrich Stadtmann | |
| Bevölkerungsschutz in militärisch besetzten Gebieten | 7 |
| Ulrich Stadtmann | |
| Atombomben oder Soziale Verteidigung? | 9 |
| Burkhard Rexmann | |
| Leserbrief zu: Was heißt eigentlich Rechtsoffenheit? | 11 |
| Christine Schweitzer | |
| Demonstrieren – und was dann? | 13 |
| Björn Kunter | |
| Friedensfähigkeit im Netz | 15 |

Impressum

Rundbrief Nr. 1/2024

Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden,
☎ 0571 29456
✉ info@soziale-verteidigung.de
🌐 www.soziale-verteidigung.de
📘 facebook.com/BSV.Frieden
📷 [instagram.com/bund_fuer_soziale_
verteidigung](https://instagram.com/bund_fuer_soziale_verteidigung)

Spendenkonto

IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14
BIC: WELADED1MIN

Redaktion und V.i.S.d.P.:

Dr. Christine Schweitzer

Gestaltung: Maryam Aliakbari

Druck: art+image GmbH & Co. KG

Auflage: 3.800

Erscheinungsweise vierteljährlich

Titelbild: Steine auf der NordArt 2015.

Foto: Frank Lindecke, CC BY-ND 2.0 DEED

Editorial

Liebe Leser*innen,

Anfang der letzten Februar-Woche trauten wir unseren Augen nicht, als wir die Nachrichten des Vortags lasen: Der französische Präsident Macron meinte in einer Pressekonferenz, dass auch der Einsatz von französischen Bodentruppen in der Ukraine gegen Russland nicht ausgeschlossen werden könne. Es gebe „heute keinen Konsens darüber, offiziell Bodentruppen zu entsenden. Aber in der Dynamik darf nichts ausgeschlossen werden. Wir werden alles tun, was nötig ist, damit Russland diesen Krieg nicht gewinnen kann“, so Macron. Wir reagierten direkt mit einer Pressemitteilung, die in scharfer Form diese Aussage kritisierte und fragte, ob wir jetzt in einen Dritten Weltkrieg steuern. (Die Erklärung kann auf unserer Website nachgelesen werden.)

Ebenso beängstigend ist die Debatte um europäische oder gar deutsche Atomwaffen – Ulrich Stadtmann befasst sich damit in einem Beitrag in diesem Rundbrief. Aber neben dem Krieg in der Ukraine wollen wir auch zwei andere Themen nicht außer Acht lassen: Das Engagement gegen das Klimachaos (Julian Böttcher) und die Bedrohung durch den Rechtsextremismus (Beitrag von Christine Schweitzer und ein Leserbrief von Burkhard Rexmann). Last not least geht es um Soziale Verteidigung: Nele Anslinger und Nicklas Böhm skizzieren die Strategie der Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“ und Ulrich Stadtmann hat mal nachgefragt, welche Pläne es eigentlich in Bezug auf Bevölkerungsschutz in besetzten Gebieten gebe, wenn die NATO schon trainiere, solche Gebiete zu befreien. (Wie letztes Jahr im Manöver Air Defender 2023).

Wir wünschen allen eine gute Lektüre!

Christine Schweitzer
für das BSV-Team



Foto links: Klimastreik in Berlin am 25.3.2022.
© IPPNW,
CC BY-NC-ND 2.0 DEED

Ein Jahr nach Lützerath

Foto rechts: Klimastreik in Hamburg 2022.
© campact,
CC BY-NC 2.0 DEED

Vor etwas mehr als einem Jahr wurde am 14. Januar 2023 das Dorf Lützerath durch eine der größten Polizeiaktionen in NRW geräumt. Gleichzeitig waren zehntausende Menschen vor Ort und protestierten gegen die Räumung, gegen RWE und für mehr Klimaschutz. Lützerath war nicht nur ein Symbol für eine gelebte Utopie, sondern auch ein Kampf für eine gerechtere und klimafreundliche Zukunft. Doch nun ist Lützerath geräumt und viele Aktivist*innen und Klimaschützer*innen fragten sich, wie es nun weiter gehen soll? Was ist seitdem passiert? Wie hat sich der Klimaaktivismus entwickelt und welche Entscheidungen gab es in der Klimapolitik?

Ein klimapolitischer Rückblick auf das Jahr 2023.

Zunächst werfen wir einen Blick auf die Klimakrise 2023. Während Deutschland punktuell immer wieder mit starken Niederschlägen und mit starken Überschwemmungen zu kämpfen hatte, zeigt sich der nationale Trend jedoch anders. Deutschland gehört weltweit zu den Ländern mit dem höchsten Wasserverlust und verliert pro Jahr zwei Gigatonnen Wasser durch Hitze und Dürre. Umgerechnet entspricht das seit der Jahrtausendwende der Menge des Bodensees.

Auch international hinterlässt der Klimawandel 2023 große Spuren. Es fing mit den Waldbränden in Kanada an; dazu kam bald eine Jahrhundertdürre im Amazonas. Dort war der Pegel des Amazonas zwischenzeitlich um 17 Meter gesunken, was zum Tod von tausenden Fischen und hunderten Flussdelphinen geführt hat. Durch den Klimawandel ist die Wahrscheinlichkeit von solch starken Dürren dort um 30% gestiegen. Als wäre das nicht schon schlimm genug, wurde Anfang dieses Jahres die Befürchtungen bestätigt: 2023 war das heißeste Jahr seit 125.000 Jahren.

Diese Ereignisse sind alarmierend und müssten endlich eine Reihe von wichtigen und entscheidenden Maßnahmen auslösen. Allerdings sieht die Realität anders aus. Am Beispiel des im Sommer 2023 vorgelegten Klimaschutzprogramms ist dies gut zu sehen. An diesem Programm, welches die deutschen CO2-Emissionen bis 2030 um 65 Prozent kürzen soll, wurde trotz 130 Maßnahmen starke Kritik geübt. In dem Programm werden zwar die Versäumnisse von 2021 um 80 % nachgeholt, aber dennoch klafft eine Lücke von mind. 200 Megatonnen zur Erreichung der Klimaziele.



© Privat

Autor:
JULIAN BÖTTCHER
ist Bildungsreferent
beim BSV.



Foto links: Demo am
23.4.2022.

© Constantin Jäge,
CC BY-SA 2.0 DEED

Foto rechts: Unteilbar-
Aufakttdemo 6.7.2019,
© Tobias Möritz,
CC BY-SA 2.0 DEED

Ähnlich zeigen sich die internationalen Bemühungen, welche Ende des Jahres im COP28 gipfelten. Grundsätzlich waren die Erwartungen an diese UN-Klimakonferenz besonders niedrig, da diese vom Geschäftsführer des Erdölunternehmens ADNOC Al Jaber geleitet wurde. Als überraschendes Highlight wurde allerdings der Klimaschädenfonds beschlossen, welcher Länder des ‚Globalen Südens‘ finanziell unterstützen soll. Dazu wurde der Übergang weg von fossilen Brennstoffen beschlossen und das Ziel ausgerufen, stattdessen den Anteil der erneuerbaren Energien um das Dreifache zu erhöhen. Dies sind natürlich gute Maßnahmen, aber wie immer rechtlich nicht bindend und nicht ausreichend für die Bewältigung der Klimakrise.

Aktivismus ist nötig

Für die Umsetzung der Maßnahmen braucht es auch weiterhin Aktivismus. Gerade das Jahr 2023 war besonders von einer Aktionsform und einer Gruppe geprägt: Die festklebenden Straßenblockaden der Letzten Generation. Über keine andere Gruppe wurde so viel diskutiert und keine andere Gruppe wurde so medial, politisch und körperlich angefeindet. Mit Blick auf die Klimakrise ist es zumindest verwunderlich, dass lieber über das ‚Wie?‘ anstatt über das ‚Warum?‘ gesprochen wird. Nichtsdestotrotz hat sich auch die Letzte Generation mit ihren Aktionen und deren Kritik daran auseinandergesetzt. Sie änderte ihre Strategie für 2024: Weg von kleineren Klebeaktionen hin zu großen „ungehorsamen Versammlungen“, die Politiker*innen und Entscheider*innen direkt konfrontieren sollen. Zusätzlich stellt sich die Gruppe für die Europawahl im Sommer 2024 auf.

Somit hat sich der Klimaaktivismus ein Jahr nach Lützerath weiterentwickelt und sich den aktuellen Umständen angepasst. Dies zeigen auch die Aufrufe aus den Reihen der Klimabewegung für die ‚Demos gegen rechts‘, da rechtsextremes Gedankengut nicht nur eine Gefahr für die Demokratie, sondern auch für die Bekämpfung der Klimakrise ist. Es wird spannend zu beobachten sein, welcher Aktivismus weiterhin auf den Straßen existiert und wie die Politik sich endlich entschlossen gegen Rechts stellen und sich der Klimakrise widmen möchte. Wir vom BSV zumindest blicken voller Spannung auf das Jahr 2024 und sind entschlossen, der Klimakrise und den seit Jahren stärker werdenden rechten Rand entgegentreten.



Foto links: Kirchenfenster in Österreich.
© Manfred Weissbriacher, CC BY-NC 2.0 DEED

Foto rechts: Protest in Santiago de Chile 2019.
© Hugo Morales, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=83460148>

Soziale Verteidigung als zeitgemäße Alternative

Eine strategische Perspektive

Wie gut ist Deutschland eigentlich geschützt? Um das, was uns wertvoll ist, zu bewahren, bietet Soziale Verteidigung (SV) eine Alternative. Wehrhaft ohne Waffen (WoW) setzt sich dafür ein, dass wir uns in Deutschland gewaltfrei verteidigen. Der Etablierung von SV in Deutschland stehen allerdings eine Reihe von Herausforderungen entgegen:

1. Gesellschaftliche Akzeptanz

Traditionell wird Verteidigung mit militärischer Stärke assoziiert. Es gibt tief-sitzende Ängste vor der vermeintlichen Wirkungslosigkeit und Passivität von Gewaltfreiheit. Um hier zu überzeugen, ist nicht nur eine effektive Kommunikation bezüglich der Inhalte Sozialer Verteidigung notwendig, sondern auch Aufklärungsarbeit über die Vielfältigkeit und Effizienz gewaltfreier Methoden, um die unentschlossene Mehrheit zu überzeugen.

2. Wirtschaftlicher und politischer Gegenwind

Die Vormachtstellung militärischer Verteidigung gründet sich in unhinterfragten politischen Überzeugungen sowie in wirtschaftlichen Interessen. Die Auseinandersetzung mit politischen und wirtschaftlichen Akteur*innen stellt eine Herausforderung dar. Sobald unsere Bewegung größere Relevanz erreicht, ist beispielsweise damit zu rechnen, dass die Rüstungsindustrie gegen unsere Forderungen vorgeht. Weiter erschwert werden diese Dynamiken durch die außenpolitischen Beziehungen, Verpflichtungen und Bedrohungsszenarien Deutschlands in der aktuellen weltpolitischen Lage.

3. Politisches Durchhaltevermögen

Die Umsetzung von SV erfordert umfassende Ausbildung, strukturelle Veränderungen und eine Übergangsphase von militärischer zu Sozialer Verteidigung. Dies erfordert Ressourcen und Zeit, die sich über mehrere Legislaturperioden erstrecken werden.



© Privat

Autorin:

NELE ANSLINGER

ist die Koordinatorin der Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“.



© Privat

Autor:

NICKLAS BÖHM

ist der Öffentlichkeitsarbeiter der Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“.

Die Strategie von „Wehrhaft ohne Waffen“

Auf Basis dieser Bewertung verfolgen wir eine zweigleisige Strategie von lokaler und überregionaler Arbeit: Einerseits zielt WoW darauf, SV-Konzepte regional zu verankern und die lokale Bevölkerung zu aktivieren. Andererseits setzen wir auf überregionale Bildungsarbeit, politische Bündnisse und Druckkampagnen, um die politische Transformation einzuleiten.

Eine tragende strategische Säule ist die Vernetzung lokaler Akteur*innen. Die Bildung lokaler SV-Netzwerke stärkt die demokratische Resilienz der Regionen. Die enge Zusammenarbeit mit lokalen Behörden, Schulen, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Gruppen ist dabei essenziell, um sicherzustellen, dass lokal entwickelte Aktionspläne realisierbar sind und breite Unterstützung finden. Gleichzeitig ist es wichtig, die politischen Entscheidungsträger*innen zu überzeugen. Dies gilt insbesondere für diejenigen mit überregionalem Einfluss, wie z.B. Abgeordnete mit Direktmandat.

Unterstützt werden diese Vorhaben durch eine breite Palette von Maßnahmen vor Ort, von Aus- und Weiterbildungsprogrammen bis hin zu Workshops und Planspielen. Zusätzlich fordern wir die Einrichtung von lokalen Bürger*innenräten zur Frage der Transformation lokaler Verteidigungsstrukturen, wodurch die partizipative und demokratische Basis von lokaler SV gestärkt wird. Die gesammelten Erfahrungen und Erfolge müssen konsolidiert und verbreitet werden. So soll der Start einer Modellregion möglichst einfach, unterhaltsam und zugänglich sein, um zur Nachahmung anzuregen.



Karte der „Modellregion Oberrhein“.

Quelle:
wehrhaftohne Waffen.de

Die zweite Säule ist die bundesweite Arbeit; eines ihrer Hauptziele ist die Bildung von überregionalen parteiübergreifenden politischen Allianzen. Dazu sind die vor Ort bestehenden Kontakte zu politischen Entscheidungsträger*innen in einem überregionalen und überparteilichen Bündnis zu konzentrieren. Diese müssen mit den notwendigen Informationen versorgt und vertraut sein. Wichtig ist auch, rechtzeitig vor kritischen Zeitpunkten, z.B. der Bundestagswahl 2025, und abhängig von der Dynamik in den Regionen, zusätzlich nationale Druckkampagnen zu planen und durchzuführen.

Das Zusammenspiel von regionalen und überregionalen Maßnahmen bildet die Grundlage für die erfolgreiche Entwicklung und Stärkung der SV in Deutschland. In dieser Strategie findet Veränderung an der Schnittstelle von bundesweiten Druckkampagnen, politischen Bündnissen und lokaler Vorbereitungs- und Aktivierungsarbeit statt. Dieser Ansatz schafft unserer Meinung nach die Voraussetzung für eine widerstandsfähige, soziale und partizipative Verteidigungsstruktur.

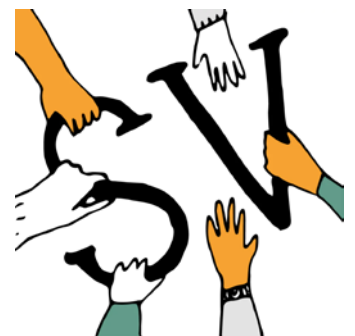




Foto links: Skulptur eines zerbrochenen Panzers in Bratislava.
© Thomas Vogt, CC BY 2.0 DEED

Foto rechts: In einigen Teilen der Ukraine dauern Krieg und Besetzung schon zehn Jahre, wie hier in Slavyansk.
©EU/ECHO September 2014, CC BY-ND 2.0 DEED

Bevölkerungsschutz in militärisch besetzten Gebieten „Air Defender 2023“ und die Soziale Verteidigung

Es war für mich gar nicht so leicht herauszufinden, wer in Deutschland im Falle eines Krieges für den Bevölkerungsschutz in besetzten Gebieten zuständig ist. Auf die Frage bin ich überhaupt erst gekommen, als ich das Szenario des NATO-Manövers „Air Defender 23“ las, in dem die Frage gestellt wurde: „Wie kann reagiert werden, wenn ein feindliches Militärbündnis einen Teil Deutschlands besetzt hält?“¹

Die Großübung unter Federführung der deutschen Luftwaffe mit Teilnehmenden aus 25 Nationen ging davon aus, dass „etwa ein Viertel des Landes“ besetzt ist und ein Vordringen in weitere Gebiete verhindert werden soll. Auch sollte geübt werden, „die Bevölkerung beispielsweise vor Mittelstreckenraketen“ zu schützen. Dies ist jedoch keine Aufgabe in besetzten Gebieten. Schutz vor feindlichem Raketenbeschuss wird in militärisch bedrohten Gebieten erhofft. In besetzten Gebieten geht es jedoch um den Schutz vor Menschenrechtsverletzungen, die vom Besatzungsregime verübt werden. In besetzten Gebieten stehen der Bevölkerung hierfür nur nicht-militärische Mittel zur Verfügung. Wenn es sich dabei um nicht-militärischen Widerstand handelt, wird dieser als Soziale Verteidigung bezeichnet. Das wurde jedoch von der Luftwaffe nicht geübt. Deshalb fragte ich mich, ob in Deutschland überhaupt offiziell über diesen Aspekt des Szenarios von Air Defender 23 nachgedacht wird.

Meine Nachfragen beim „Heimatschutz“ der Bundeswehr konnten nicht sofort beantwortet werden, was nicht verwunderlich ist, da sich die Bundeswehr im Kern um militärische Kriegsführung Gedanken macht und der Heimatschutz für die Katastrophenhilfe in Friedenszeiten zuständig ist. Letztlich konnte mir erst von der Pressestelle der Bundeswehr aus Berlin die klare Antwort



© Privat

Autor:

ULRICH STADTMANN
ist Mitglied im Kreistag von Minden-Lübbecke und Vorstandsmitglied im Bund für Soziale Verteidigung.

¹ <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/aktuelles/gopolitisches-szenario-bei-air-defender-23-5630164>

gegeben werden: „Die Zuständigkeit liegt ausschließlich beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)“. Und auf dessen Internet-Seite ist zu lesen: „Das BBK hat den gesetzlichen Auftrag, die Bevölkerung im Verteidigungsfall zu schützen.“

Das BBK hat zwar den gesetzlichen Auftrag des Bevölkerungsschutzes im Krieg, aber es ist bei seinen Vorbereitungen an die Szenarien gebunden, die vom Innenministerium im „Konzept Zivile Verteidigung“ vorgegeben werden. Diese wiederum orientieren sich an den Szenarien der Bundesregierung, die in den „Weißbüchern“ der Bundeswehr niedergelegt sind. Beide stammen aus dem Jahr 2016 und gehen nicht davon aus, dass Teile Deutschlands besetzt sein könnten.



Air Defender 2023: Karte der Übungsgebiete, Flugplätze sowie Übungsmissionen nach Estland und Rumänien; NATO-Gebiet in Gelb.

© Von Karte NordNord-West, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=133059611>

Auf Nachfrage beim Präsidialbüro des BBK erfuhr ich, dass unter Voraussetzung „der Einhaltung des Völkerrechts durch den Besatzer, [...] das integrierte Hilfeleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland bestehend aus dem Katastrophenschutz der Länder bzw. Kreise und kreisfreien Städte sowie des ergänzenden Zivilschutzes des Bundes in seiner bekannten Form“ in besetzten Gebieten fortbesteht.

Im „Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz – ZSKG)“ heißt es gleich zu Beginn: „Aufgabe des Zivilschutzes ist es, durch nichtmilitärische Maßnahmen die Bevölkerung, ihre Wohnungen und Arbeitsstätten,

lebens- oder verteidigungswichtige zivile Dienststellen, Betriebe, Einrichtungen und Anlagen sowie das Kulturgut vor Kriegseinwirkungen zu schützen und deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern. Behördliche Maßnahmen ergänzen die Selbsthilfe der Bevölkerung.“

Im Rahmen einer Sozialen Verteidigung sollen diese Aufgaben durch die nicht-militärischen Maßnahmen des gewaltfreien Widerstands sowie einer dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration erreicht werden. Eine solche Erweiterung des Zivilschutzes um das Element der Sozialen Verteidigung wäre sinnvoll. Im Rahmen der „Selbsthilfe der Bevölkerung“ kann eine Diskussion darüber auf lokaler Ebene begonnen werden. Denn nach §5 des ZSKG sind dafür die Gemeinden zuständig, und die Kreise und kreisfreien Städte müssen den Zivilschutz in ihren „Katastrophenschutzbedarfsplan“ einbeziehen und vorbereiten.

In der Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“ gibt es zu diesem Aspekt des Aufbaus von Sozialer Verteidigung eine Handreichung, die die Handlungsoptionen auf lokaler Ebene etwas detaillierter beschreibt.²

² <https://wehrhaftohne Waffen.de/bevoelkerungsschutz>



Foto links: Demo gegen Aufrüstung 2022.
© Martin Heinlein
(Die Linke), CC BY 2.0 DEED

Foto rechts: Demo in Berlin gegen den Ukraine-Krieg 2023.
© Matthias Berg,
CC BY-NC-ND 2.0 DEED

Atombomben oder Soziale Verteidigung?

Zur Diskussion um eine „europäische Atombombe“

Mit der Infragestellung der Beistandsverpflichtung der NATO durch den früheren und vielleicht künftigen US-Präsidenten Trump wurden Forderungen nach einer europäischen oder deutschen Atombewaffnung erhoben. Denn es sei nicht glaubwürdig, dass ein Land seine Zerstörung riskieren würde zur Verteidigung anderer Länder, weder die USA für Europa noch Frankreich oder Großbritannien für andere europäische Staaten.

Diese Forderungen sind mit dem naiven Glauben verbunden, Atombomben würden grundsätzlich vor Krieg und Zerstörung schützen. Dabei sind sie vor allem eine ständige Bedrohung, die Menschheit in einem atomaren Inferno umzubringen, was jederzeit allein schon durch einen Computerfehler ausgelöst werden kann. Und die Gefahr eines Atomkriegs wird nicht dadurch geringer, dass mehr Länder Zugriff auf diese Bomben haben. Zudem liegt der Einsatzbefehl in der Hand weniger Präsident*innen, vielleicht in Zukunft wieder Trump oder einer Frau Le Pen in Frankreich und jetzt schon Putin oder Kim in Nordkorea.

Gerade die Angst vor Putin führt zu diesem Tunnelblick, der sich in unrealistischen Allmachtsphantasien auf Atombomben verengt. Soll denn Frau von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission den roten Knopf einer europäischen Bombe drücken, oder soll der Einsatzkoffer von einem Land zum anderen wandern? Oder soll Bundeskanzler Scholz über deutsche Atombomben verfügen?

Claudia Major und Liviu Horovitz von der Stiftung Wissenschaft und Politik, die Bundestag und -regierung in sicherheitspolitischen Fragen berät, beschrieben die Problematik im Dezember 2023: „Um die eigene Bombe zu bauen, würde Deutschland aus dem Atomwaffensperrvertrag austreten, den es bislang unterstützt. Das hat bislang nur Nordkorea gemacht. Berlin würde so nicht nur zu einem Paria, sondern zu einer Bedrohung für Europa“. (1) Und sie erläutern weiter: „Wie würde z.B. Russland reagieren? Das Proliferationsrisiko, also dass Staaten nach eigenen Atomwaffen als ultimative Lebensversicherung greifen,



© Privat

Autor:
ULRICH STADTMANN
ist Mitglied im Kreistag von Minden-Lübbecke und Vorstandsmitglied im Bund für Soziale Verteidigung.



Foto links: Blumen vor dem
Friedenspalast in Den Haag.
© Roel Wijnants,
CC BY-NC 2.0 DEED

Foto rechts: Büchel17
beim "Atomwaffenfreien
Picknick" im "Zivilen Sicher-
heitsbereich" zwischen zwei
Umzäunungen des Atom-
waffenstandorts Büchel,
30.4.2019.
© Büchel17,
Stefanie Intveen,
CC BY 2.0 DEED

würde steigen. Denn wenn sich Deutschland die Bombe holt – warum dann nicht auch andere? Eine nuklearisierte Welt wäre nicht nur instabil und gefährlich, sondern auch konfrontativer.“ Zudem warnten sie, dass Russland dadurch „zu einem Präventivschlag gegen Deutschland verleitet“ werden könnte. Sie plädierten für ein Festhalten am amerikanischen Nuklearschirm in Europa und brachten zugleich ein Gegenargument: „Wenn Washington auch nur ein Element infrage stellt, ob das politische Versprechen, die konventionellen oder die nuklearen Beiträge, dann steht alles infrage. Und dafür müssen die USA die Nato nicht verlassen. Es reicht, wenn ein erratisch-selektiver Präsident Trump den Artikel 5 politisch infrage stellt oder mit Bedingungen verknüpft, etwa: Nur wer zahlt, wird verteidigt. Allein der Zweifel, ob die USA es noch ernst meinen, würde die Beistandsklausel unterminieren.“

Europa kann militärisch nicht verteidigt werden

Da nun Herr Trump im Februar 2024 bestätigt hat, genau so vorgehen zu wollen, ist die Illusion einer sicheren Abschreckung offenkundig. Und damit gilt letztlich die Feststellung von Major und Horowitz, dass sich Europa „in einem regionalen Krieg ohne die USA nicht verteidigen“ kann. Ergänzen sollte man noch, dass jegliche militärische Kriegsführung, ob konventionell oder atomar, in einem hochtechnisierten und dicht bevölkerten Land wie Deutschland oder seinen Nachbarn, nur um den Preis seiner Selbstzerstörung möglich ist. Die Vorbereitung einer nicht-militärischen Sozialen Verteidigung würde hingegen der Bevölkerung mehr Schutz geben als eine illusorische militärische Verteidigung, die im Inferno oder der Kapitulation endet.

Ob mit oder ohne die USA wirkt die Vorstellung eines Krieges in den europäischen NATO-Staaten gegen Russland vor allem abschreckend auf die eigene Bevölkerung. Auch ohne die Aussicht auf ein atomares Schlachtfeld in Europa könnte allein eine drohende Ausweitung des Krieges in der Ukraine auf NATO-Länder dazu führen, dass in Deutschland die AfD weiteren Zulauf erfährt und zur stärksten Fraktion in den Parlamenten wird. Schon jetzt besteht die weitverbreitete Sorge vor einer rechtsextremistischen Machtergreifung. Allein deshalb sollte die Zivilgesellschaft damit beginnen zu überlegen, wie sie sich mit Sozialer Verteidigung gegen die Zerstörung der Demokratie schützen will.



Fotos: Rechtsextreme Pro-Russland-Demo am 26.2.23 in Ramstein-Miesenbach. Manche Forderungen lassen sich kaum von denen der Linken unterscheiden. © Kai Schwerdt, CC BY-NC 2.0 DEED

Leserbrief Kommentar zu: Was heißt eigentlich Rechtsoffenheit?

Zentrales Merkmal für eine linke Politik ist für mich das Entsetzen vor der unglaublichen Brutalität und Grausamkeit des Nationalsozialismus und der existenzielle politische Wunsch, dass sich das nicht mehr wiederholt.

Ich kritisiere u.a. das völkische Gedankengut der extremen Rechten und dass sie damit Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Abstammung oder Beeinträchtigung als minderwertig oder lebensunwert begreifen.

Ich kritisiere ihre latente oder offene Frauen- und Queerenfeindlichkeit, ihre strukturelle Empathie-Unfähigkeit.

Für mich macht es dabei keinen Unterschied, ob Rechte mit diesem Gedankengut einen heidnischen, christlichen, jüdischen oder muslimischen Hintergrund haben.

Die Definition, was rechtsextrem inhaltlich bedeutet, verschwindet aber zunehmend aus der Debatte. Dadurch kann die Ausgrenzung als rechts immer ausufernder benutzt werden. Es reicht inzwischen, die ausgegrenzte Person als ‚rechtsoffen wahrzunehmen‘.

Ich bekämpfe einen Rechten aber nicht als Mensch (versuche ihn zu entfernen), sondern seine Meinung und seine Rolle.

Ich bin fassungslos, wie schnell Menschen als ganze Person ausgegrenzt, als ‚rechtsoffen‘ politisch für tot erklärt werden.

Als Menschen sind wir alle eigentlich kommunikations-, liebes- und empathiefähig. Deshalb besteht für jeden Mensch immer die Möglichkeit, den Weg des Zerstörens, Verstümmelns, Folterns, Traumatisierens und Mordens auch wieder zu verlassen.

Natürlich waren auf der riesigen TTIP-Demo Rechte. Natürlich haben auch konservative und rechte Menschen gegen Brokdorf, Wyhl und Wackersdorf



© Privat

Autor:

BURKHARD REXMANN

hat in den 80igern die Wehrpflicht verweigert und ist heute aktiv in der DFG-VK Kassel.



Foto links: Antifaschistischer Protest in Remagen 2014.
© molofoto,
CC BY-NC 2.0 DEED



Foto rechts: Köln-Ehrenfeld: Wandbild zu Ehren der "Edelweißpiraten", einer aufständischen Jugendgruppe in der Nazi-Zeit in Köln.
© wwwuppertal,
CC BY 2.0 DEED

demonstriert. Diese Bewegungen wären auch nie so groß und erfolgreich geworden, wenn es nicht auch Brücken bis weit in konservative Kreise gegeben hätte und wenn ihre Hauptsorge die Abgrenzung gegen Rechts gewesen wäre.

Eine Linke, die mit Ausgrenzung, Diffamierung und Intoleranz arbeitet, ist nicht mehr attraktiv. Sie steht in der öffentlichen Wahrnehmung keinesfalls mehr für Freiheit oder Meinungsfreiheit, sondern überlässt die Definition dieser Wörter der Rechten.

Wenn populistische rechte Parteien erstarken, dann rekrutiert sich ein wichtiger Teil aus Menschen, die an den herrschenden Verhältnissen verzweifeln, aber an der vernichtenden Kritik und Ausgrenzung linker Kreise scheitern.

In der Folge geht es dann auch darum, Linke auszuschließen, die anders mit Aus- und Abgrenzung umgehen. In diesem Prozess werden kritische Linke zu Rechten umdefiniert. Zusätzlich und tragischerweise fangen manche Menschen unter einer solchen Diffamierung an, sich auch nicht mehr von Faschismus abzugrenzen oder offen zu werden für rechte Ideen.

Dazu kommt: Wenn wir keine Demos mehr machen dürfen, auf denen auch Rechte ‚gesichtet‘ werden, dann können Rechte uns vor sich hertreiben und verstummen lassen, indem sie linke Forderungen übernehmen.

Dann können wir nicht mehr über die Macht der Superreichen reden („Verschwörungstheorie“), die Rolle der Medien nicht mehr thematisieren („pressefeindlich“), die Formaldemokratie nicht mehr kritisieren („antidemokratisch“). Die umfassenden Maßnahmen und Einschränkungen zur Eindämmung von Corona können nicht mehr kritisch begleitet werden.

Mit dieser an falscher Stelle gesetzten Abgrenzung unterschreibt der Bund für Soziale Verteidigung dann einen Demoaufruf, der sich nicht mal mehr von Waffenlieferungen distanzieren kann.

In der massiven (aber nicht inhaltlichen) Abgrenzung gegen als rechts definierte Menschen wird dann aus den Augen verloren, jene anzugreifen, die diese Welt zerstören.

Dieser Leserbrief ist eine Antwort auf den Beitrag: „Was heißt eigentlich Rechtsoffenheit?“ von Christine Schweitzer in dem Rundbrief 3-4/2023. Der Demoaufruf, auf den sich Burkhard bezieht, ist der von „Stoppt das Töten“.



Demonstrieren – und was dann? Müssen wir uns auf eine Machtübernahme durch die AfD vorbereiten?

Foto links: Demo am
15.1.2022 in Hamburg.
© Rasande Tyskar,
CC BY-NC 2.0 DEED

Foto rechts: Hamburg
12.10.2019 Demonstration
gegen rechten Terror und
Antisemitismus nach den
Morden in Halle.
© Rasande Tyskar,
CC BY-NC 2.0 DEED

Der Bericht des Recherchenetzwerks correctiv über ein Treffen Rechtsextremer im November vergangenen Jahres, auf dem diese die Massendeportation von Menschen mit internationaler Familiengeschichte diskutierten, brachte das Fass vorläufig zum Überlaufen. Seitdem gehen jedes Wochenende Zehntausende auf die Straße. Aber eines ist leider auch schon deutlich: Der AfD schaden die Proteste nicht wirklich; u.U. gehen die prognostizierten leichten Stimmenverluste auch eher auf die Gründung von zwei Konkurrenzparteien - Wagenknecht und Maaßen - zurück. Es wird inzwischen die Frage gestellt: Was passiert eigentlich, falls diese Partei Regierungsverantwortung übernimmt? In einem Landkreis, einem Bundesland, oder irgendwann vielleicht sogar im Bund?

In der Januarsitzung des BSV-Vorstands begannen wir, über diese Frage zu diskutieren. Daraus wurde dann schnell der Plan, Ideen und Vorschläge zu sammeln, zusammenzustellen und Interessierten zugänglich zu machen. Im Februar traf sich dann zweimal online eine Gruppe aus Interessierten aus BSV, IFGK und der Kampagne Wehrhaft ohne Waffen. Dort diskutierten wir mögliche Ansätze und Jochen Neumann stellte die Arbeit gegen Rechtsextremismus in seiner Region, dem Wendland, vor.

Parallele Recherchen führten zur Fertigstellung eines vierseitigen Infopapiers, das auf unserer Website zu finden ist und von dort bestellt werden kann:
<https://soziale-verteidigung.de/shop/demonstrieren-dann>

Der erste Gedanke ist natürlich immer der Dialog mit den Wähler*innen, die von der AfD angesprochen werden. Wir finden dabei wichtig – wie auch in dem Leserbrief von Burkhard Rexmann ausgedrückt – dass eine Unterscheidung getroffen wird zwischen den Menschen und ihren Meinungen. An dem Punkt sind wir uns mit ihm völlig einig. Also nicht: „Kein Platz für Nazis“, sondern: „Kein



© C. Werner

Autorin:
CHRISTINE SCHWEITZER
ist Geschäftsführerin
des BSV.



Foto links: Vielfalt statt
Hetze. Demo am Reichstag
am 21.2.24.
© Stefan Müller,
CC BY-NC 2.0 DEED

Foto rechts: Demo in
Hamburg 2016.
© Rasande Tyskar,
CC BY-NC 2.0 DEED

Platz für Islamophobie oder Antisemitismus“, „kein Platz für Nationalismus und Militarismus“, „kein Platz für Demokratiefeindlichkeit“.

Wenn man sich vorstellt, dass eine Landesregierung von der AfD gestellt wird (allein oder in einer Koalition): Was passiert dann? Wo fängt die Pflicht zum Widerstand an, wie es im Grundgesetz (Artikel 20/4) so schön heißt? Wie haben sich Menschen in anderen Ländern gegen menschenrechtsverletzende und undemokratische Maßnahmen zur Wehr gesetzt? Wir haben mal nachgelesen: Manchmal wählten sie den Weg über die obersten Gerichte oder, wenn das nicht half, den Europäischen Gerichtshof. Manchmal mobilisierten sich so viele Menschen, dass die entsprechende Partei schließlich abgewählt wurde. Manchmal wurde Ziviler Ungehorsam geleistet – Beispiel sind die „Sanctuary Cities“ in den USA, die sich weigerten, Trumps Anordnung zur Festnahme und Abschiebung von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere umzusetzen. In vielen Fällen haben zivilgesellschaftliche Gruppen sich organisiert, um diejenigen zu schützen, die potenzielle Opfer von gewaltsamen Übergriffen zu werden drohen. Und auch die Selbstorganisation, um die eigenen Institutionen (z.B. Weiterarbeiten von Menschenrechtsorganisationen trotz Drucks der Regierung) aufrechtzuerhalten, gehört zum Spektrum der Aktivitäten.

Auch die Europawahl im Juni ist ein wichtiger Meilenstein. In etlichen europäischen Ländern sind rechts (oder links-)populistische Regierungen schon an der Macht oder zumindest in einem Umfragehoch. Es ist zu befürchten, dass die beiden Fraktionen, in der die entsprechenden europäischen Parteien sich zusammengeschlossen haben, deutlich gestärkt werden. Derzeit stellen sie 139 der 705 Europaabgeordneten und können damit nicht viel beeinflussen, aber nach der Wahl könnten sie, einigen Berechnungen zufolge, zur viert- oder sogar drittstärksten Kraft im EU-Parlament werden.

Entscheidend ist, sich zusammenzuschließen. Das passiert an vielen Orten. Lokale Bündnisse „gegen Rechts“ (wobei „rechts“ für rechtsextrem steht, nicht für irgendwelche bürgerlichen Parteien) schießen aus dem Boden. Viele von ihnen fokussieren sich derzeit darauf, Demos zu organisieren. Aber das allein wird nicht ausreichen. Es braucht auch das direkte Ansprechen von Menschen – entweder öffentlich auf der Straße oder auch im privaten Umfeld. Das braucht natürlich etwas Zivilcourage. Argumentationstrainings, wie sie viele Organisationen heute anbieten, können helfen. Sie können auch, wie in unserem Online-Treffen geraten wurde, ein erster Schritt sein, eine neue Gruppe bei sich vor Ort zu gründen.



Rundbrief und Briefe lieber online?

Unser Rundbrief wird kostenlos an unseren Gesamt-Adressverteiler versandt. Wer ihn lieber als PDF beziehen möchte, teile uns das doch per Email an **info@soziale-verteidigung.de** mit. Und natürlich auch, wer ihn nicht mehr erhalten will. Es besteht ebenfalls das Angebot, unsere Briefe per Email zu bekommen. Auch hier können wir die Zusendung von Papier auf Email umstellen.

Friedensfähigkeit im Netz

Community Management in Vereinen und Verbänden stärken

Mit dem am 17. Februar auch für kleinere Online-Dienste in Kraft getretenen Digital Service Act zwingt die Europäische Union alle Online Anbieter, zumindest gesetzeswidrige Äußerungen „zeitnah“ zu entfernen. Doch Entfernen schafft noch keinen Frieden. Wichtiger wäre es, digitale Räume so zu gestalten, dass echte Begegnungen und Dialog möglich sind und ein achtsamer Umgang gepflegt wird. LOVE-Storm hat daher ein Jahr lang Community Manager*innen aus acht zivilgesellschaftlichen Organisationen beraten, wie sie den Hass in ihren Social Media-Kanälen eindämmen können – mit deutlichem Erfolg:

„Seitdem wir viel mehr präsent sind und die Regeln strikter durchsetzen, und diese Hinweise zur bestärkenden Moderation befolgen, haben wir keine Hasskommentare auf dem Kanal mehr gehabt.“ So ein*e Teilnehmer*in an einem Workshop.

Mit gutem Community-Management könnten sich Vereine und Verbände also davor schützen, dass ihre Social Media-Kanäle von Hass überschüttet werden, sie könnten eingreifen, wenn Konflikte in Chatgruppen eskalieren und sie könnten ihre Freiwilligen vor sexistischen und rassistischen Beschimpfungen schützen. Hierzu haben wir fünf Kernsätze identifiziert:

1. Organisationen müssen entscheiden, welche Ziele sie mit Social Media-Arbeit erreichen wollen und dafür Richtlinien, Routinen und Ressourcen schaffen.
2. Damit Social Media-Kanäle auch für Betroffene von Diskriminierung sicherer werden können, müssen Community-Verantwortliche selbst diskriminierungssensibler werden.
3. Content Creation und Öffentlichkeitsarbeit brauchen Alternativen zu Click- und Rage-baiting (gezielt erstellte Inhalte, die darauf abzielen, extreme Emotionen wie Wut, Empörung oder Frustration bei den Betrachtenden auszulösen), um Reichweite und ein gutes Umgangsklima in der Community zu fördern.
4. Gutes Community Management schafft eine angenehme und respektvolle Atmosphäre, lenkt Kritik und Beschwerden in konstruktive Bahnen und aktiviert Mitglieder und Sympathisant*innen.
5. Selfcare- und Awareness-Strukturen stärken die Community-Manager*innen und schützen Betroffene von Diskriminierung und Hassangriffen auch in digitalen Räumen.

Social Media-Manager*innen und NGOs, die ihre Mitglieder und Follower vor Hass im Netz schützen wollen, können das 500-seitige Handbuch als kostenloses pdf bestellen. LOVE-Storm sucht auch noch Vereine und Verbände für ein fünfjähriges Modellprojekt für Community-Management und Chatmoderation gegen Hass im Netz: info@love-storm.de

Gefördert
durch die



© Marc Dielenmeier

Autor:
BJÖRN KUNTER
ist der Gründer des
Projekts LOVE Storm.

“

Der wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht liegt in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen.

(Quelle: Hannah Arendt, Nach Auschwitz. Essays & Kommentare 1; 1965)

”



Bund für Soziale Verteidigung e.V.
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de